

Sehr geehrte Frau Schulze,  
sehr geehrte Damen im Bielefelder Bund der Frauenvereine,

gerne beantworte ich Ihnen Ihre Wahlprüfsteine zur Kommunal- und Oberbürgermeisterwahl am 13.9.2020.

gestatten Sie mir zwei Vorbemerkungen, einfach weil sie wichtig sind für meine Position zu den von Ihnen gestellten Fragen:

1. Bei der Kommunalwahl geht es nicht, wie bei Bundes- oder Landtagswahlen um die gesetzgeberische Kompetenz des jeweilig zu wählenden Bundes -oder Landtages. Der Rat der Stadt Bielefeld ist, was gerne und sehr oft übersehen wird, Teil der Verwaltung und somit an Recht – und Gesetz, das er nicht selbst bestimmen kann, gebunden. Das gilt auch und vor allem für den Oberbürgermeister, der „nur“ Leiter der Verwaltung ist. Gleichwohl haben Rat und Verwaltung durchaus Möglichkeiten, besondere Akzente in Ihrem Sinne zu setzen, und damit komme ich zur Vorbemerkung Nr.
2. Als langjähriger Jugend- und Sozialdezernent habe ich an leitender Stelle die Probleme, deren Vielfalt und die Möglichkeiten erfahren, wie eine Stadt wie Bielefeld damit umgehen kann und was sie, bei entsprechendem Engagement, auch bewirken kann. In stundenlangen Erörterungen und Einsätzen vor Ort habe ich ein Bild von den Sozialproblemen dieser Stadt bekommen, das vielen nach wie vor unbekannt ist. Wohlgedenkt: Im Großen und Ganzen ging es immer wieder um viele Schicksale, nicht nur in sog. Randgruppen, sondern auch gesellschaftsübergreifend (Ihre Fragen zum Bereich Gewalt gegen Kinder und Frauen), die mich nachhaltig bewegt haben. In Bielefeld ist es kein Geheimnis, dass ich als Sozialdezernent Maßnahmen durch den Rat der Stadt habe beschließen lassen, die, anfangs, nicht immer den ungeteilten Beifall meiner „Freunde“ gefunden haben. Wichtig war und das soll als Zusage für meine Kandidatur auch so verstanden werden, dass ich mich auch zukünftig nachhaltig für die sozial Schwachen, Behinderten und Hilfebedürftigen einsetzen werde, mit Realitätssinn und nicht mit verbalen Suaden. Dafür bin ich in Bielefeld bekannt: Zu sagen, was ist und wo und wie konkret zu handeln ist.

Dieser Einstellung folgend will und werde ich Ihre Fragen nur generell beantworten, da für mich entscheidend immer der Einzelfall bzw. die einzelne Gruppe ist.

Die bessere Integration von Frauen in beruflich führende Positionen kann natürlich nur für einen städtischen Vertreter nur im eigenen Bereich der Stadtverwaltung erfolgen, darüber hinaus kann und darf die Stadt offiziell keinen Einfluss auf die Unternehmenspolitik sonstiger Betriebe oder Unternehmen aller Art nehmen. Der ratio Ihrer Frage will ich aber nicht ausweichen: Von sog. Quoten oder sog. Verfügungen, die eine „Besserung“ zwangsweise herbeiführen sollen, habe ich Bedenken. Die rechtliche Seite will ich da gar nicht erst anführen, entscheidend ist für mich die persönliche Qualifikation der Bewerberin. Als langjähriger Dezernent habe ich einer Vielzahl von Damen in hohe bis höchste Stellen verholfen, Namen sind Insidern bekannt. Entscheidend für diese meine Einstellung war/ist aber meine eigene Frau Kirsten – sie kandidiert für den Rat auf Platz 2 der BfB Liste – die empört ist, wenn man sie als Quotenfrau ab-qualifiziert!

Noch einmal: Wenn eine Frau qualifiziert für eine Aufgabe ist, dann steht ihr die Tür offen. Konkret: Bei gleicher Qualifikation zu einem evtl. männlichen Mitbewerber würde ich, bei städtischen Betrieben, der Frau den Vorzug geben.

Die Frage der Finanzierung eines Haushaltes ist das Privileg des Rates.

Hier stelle ich nüchtern fest, dass Corona und deren finanzielle Auswirkungen, uns alle noch sehr lange Zeit im Griff haben wird, und verkneife mir daher vorschnelle Zusagen, die für Sie populär klingen mögen, aber mit großer Sicherheit so nicht kommen werden. Klartext: Ich bin der populistischen Zusagen von sog. Politikern überdrüssig, die leere Versprechungen abgeben und später nicht zur Rechenschaft herangezogen werden können.

500 Mio Zusagen eines Bewerbers betrachte ich, höflich gesagt, als effekthaschenden Versprecher, wenn zeitgleich der Stadtkämmerer öffentlich mitteilen musste, dass bis Ende Mai 2020 bereits 40 Mio-Einnahmen an Gewerbesteuer fehlten. Von weiteren finanziellen Einbußen ganz zu schweigen..

Fragen von Wohnen und Umwelt sind Dauerbrenner, die vor Ort gelöst werden müssen: Zum Wohnen bedarf es Flächen, die auf den Widerstand der Umweltfreunde stoßen. Als Dezernent kann ich ein Lied davon singen, wie im Einzelfall (IKEA, Gewerbegebiet A2“, Württemberger Allee, Universitätserweiterung) um jeden Quadratzentimeter gerungen wurde, da bedarf es des ganz persönlichen Einsatzes eines OB, keine allgemein wohlklingenden statements

Abschließend noch einmal mein Hinweis, ein OB hat einen verdammt harten Job, wenn nicht sogar den härtesten, den eine Stadt zu vergeben hat. Da geht es um Fordern und Verlangen, und , beide Seiten, haben gute Argumente. Da einen Ausgleich und eine harmonische Lösung zu finden, das erfordert Erfahrung, und noch einmal, Erfahrung mit dem Amte und den betroffenen Menschen. Hierzu bedarf es Personen, die sich im Laufe ihres Lebens für solch eine Aufgabe qualifiziert haben, Berufsanfänger sind da völlig fehl am Platze!  
D a s lernt man auf keiner Uni, das lehrt einen nur eine langjährige Erfahrung.

Sie, die Bürgerinnen und Bürger, treffen allein, jeder für sich, ihre Entscheidung – und diese gilt es zu akzeptieren!